

Verena Di Pasquale
Stellvertretende Vorsitzende des DGB Bayern



Gerechtigkeit – Arbeit – Solidarität

Rede bei der Bezirkskonferenz des DGB Bayern
26. Januar 2018 in Regensburg

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede um 12.00 Uhr

Verena Di Pasquale, Bezirkskonferenz 2018

Ich möchte zum einen mit euch auf die letzten vier Jahre zurückblicken und zum anderen mit euch einen Ausblick auf die kommenden vier Jahre machen. Wo wollen wir in vier Jahren stehen? Wo wollen wir uns auch in Zukunft als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aktiv einbringen?

Wir haben im letzten Bundestagswahlkampf erlebt, dass bei den Parteien „Rente“ oder ganz allgemein soziale Fragen keine oder höchstens eine marginale Rolle gespielt haben. Auch in den Medien waren soziale Themen Fehlanzeige!

Aber soziale Missstände verschwinden ja nicht, nur weil im Fernsehen oder in den Zeitungen nicht darüber berichtet wird.

Wie schön wäre es, wenn „Rente“ wirklich kein Thema wäre?

Wie schön wäre es, wenn den Rekordgewinnen der Unternehmen Rekordeinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüberstünden?

Wie schön wäre es, wenn der Anstieg der Erwerbstätigkeit auch ein Anstieg von guter Beschäftigung wäre?

Ihr hört, das ist alles im Konjunktiv formuliert.

Tatsache ist: Der Zuwachs an Beschäftigung ist ein prekärer.

Tatsache ist: Die reale Arbeitslosigkeit ist weitaus höher als die offiziell ausgewiesene und Tatsache ist: Der erwirtschaftete Wohlstand kommt ganz und gar nicht bei allen an.

Das wollen wir ändern!

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind diejenigen, die die soziale Schieflage in unserer Gesellschaft zum Thema machen und Lösungen aufzeigen.

Wir haben unsere Vorstellung von Guter Arbeit und einer gerechten, einer solidarischen Gesellschaft.

Zunächst aber sind wir gefordert, eine klare Analyse der bestehenden Verhältnisse vorzunehmen. Diese zeigt die Felder auf, in denen wir uns engagieren müssen.

Ausgangspunkt für uns ist der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Wir wissen: Auch bei allen Veränderungen innerhalb der Arbeitsgesellschaft ist es noch immer so, dass die Beschäftigten von ihrer Arbeitskraft und dem, was sie daraus verdienen, leben müssen. Sie verfügen eben nicht über die Produktionsmittel. Die Basis, die ein gutes Leben auch für die ganze Familie ermöglicht, ist eine gute Arbeit mit einer guten Bezahlung. Dafür mobilisieren wir Gewerkschaften in den Betrieben und Verwaltungen. Dafür machen wir uns auch auf der politischen Ebene stark.

Anrede

Das Soziale ist für uns der Dreh- und Angelpunkt – auch bei der Landtagswahl. Denn ein Kern des Problems liegt in der zunehmenden Ungleichheit in diesem Land.

Für eine lange Zeit stand Deutschland im internationalen Vergleich mit einem relativ niedrigen Maß an Ungleichheit für sozialen Ausgleich. Doch die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte zeigt ihre Wirkung.

Der „Weltreport über Ungleichheit“ stellt fest, dass die Ungleichheit in Deutschland stetig zunimmt. Immer weniger Menschen profitieren vom Erfolg der deutschen Wirtschaft. Die Einkommen sind aktuell so ungleich verteilt wie im Jahr 1913.

Aktuell beträgt der Anteil der Einkommen des reichsten Zehntels der Bevölkerung mehr als 40 % des Gesamteinkommens. Die Kehrseite: Die einkommensärmere Hälfte in Deutschland bekommt gerade einmal 17 % der Einkommen. Das ist das gleiche Gefälle wie vor 100 Jahren.

Natürlich gibt es Unterschiede zu damals, die Sozialversicherungssysteme und staatliche Umverteilung zum Beispiel. Auch ist diese neue, alte Ungleichheit nicht festgeschrieben. Die Differenz zwischen oben und unten war in den 60er und 70er Jahren schon mal kleiner. Seit den 1990er Jahren allerdings dreht die Richtung wieder.

Verena Di Pasquale, Bezirkskonferenz 2018

Dafür gibt es vielfältige Gründe – zum Beispiel zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit geringem Einkommen wie auch zahlreiche Steuersenkungen für Reiche und Vermögende.

Das alles fiel allerdings nicht vom Himmel. Nein. Politisch gewollt waren die Deregulierungen am Arbeitsmarkt mit einem großen hausgemachten Niedriglohnsektor, die Privilegierung der Reichen und Vermögenden bei gleichzeitigem Abbau des Sozialstaats wie auch die Privatisierung staatlichen Vermögens.

Entsprechend nahm die Alters- und Erwerbsarmut in Deutschland zu und ist in der Öffentlichkeit klar sichtbar.

Das muss und das darf nicht so sein!

Wir wollen 1. Eine Absicherung über Tarifverträge, denn das stärkt die gewerkschaftliche Bindekraft. Wir wollen 2. deutlich höhere Einkommen für die Beschäftigten. Und wir brauchen 3. eine andere Steuerpolitik und damit mehr Umverteilung von oben nach unten!

Nach dem aktuellen bayerischen Sozialbericht wachsen die Einkommensabstände und steigt die Vermögenskonzentration in Bayern. Auch die Armutsgefährdung steigt. Sie liegt mittlerweile bei 15 Prozent, das heißt es trifft jeden Siebten! Da klingt es schon wie Hohn, wenn die bayerische Sozialministerin Emilia Müller öffentlich äußert, der Wohlstand komme in Bayern bei allen an. Statt Missstände klar zu benennen und entschieden dagegen zu steuern, werden sie schöngeredet.

Dabei weiß auch die Bayerische Staatsregierung ganz genau, dass eine hohe Ungleichheit bei den Einkommen und Vermögen die wirtschaftliche Dynamik bremst und ökonomische und gesellschaftliche Krisen verstärkt.

Der Rechtsruck in unserer Gesellschaft ist bereits da. Die Rechten konnten mit rückwärtsgewandten Parolen Fuß fassen. Matthias, du bist ja in deinem Bericht darauf eingegangen.

Der Wahlerfolg der AfD beruht auch auf der Hetze gegen Flüchtlinge und dem Schüren von Vorurteilen. Und in der Tat war die Fluchtbewegung eine Art Katalysator. Ursache der Rechtsentwicklung war die Fluchtbewegung aber nicht.

Die neue Rechte greift Protest gegen Abstiegs- und Zukunftsängste auf und kann die Unzufriedenheit zum Teil für sich mobilisieren. Ich sage euch: Denen müssen wir das Wasser abgraben!

Ich bin der festen Überzeugung, dass die zunehmende soziale Spaltung, wenn sie nicht konsequent angegangen wird, zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen führt.

Unser Ziel ist eine echte soziale Gerechtigkeit und mehr wirtschaftliche Gleichheit. Dafür setzen wir uns als DGB ein. Und zwar laut, konsequent und so, dass niemand an uns vorbeikommt!

Anrede

Eine Hauptursache für die Ungleichheit ist auch die exzessive Privatisierung staatlicher Unternehmen. Dadurch, dass sich das staatliche Vermögen verringert, verringert sich auch die Handlungsfähigkeit des Staates. Der Spielraum, der Ungleichheit entgegen zu wirken, wird eingeengt.

Doch ist das keineswegs eine Einbahnstraße. Klar ist: Geld für staatliche Spielräume wäre genug da. Aber es ist an der falschen Stelle. Reiches Land - armer Staat, das ist nicht unsere Vorstellung von der Zukunft.

Ganz im Gegenteil: Der Ungleichheit kann und muss gezielt entgegengewirkt werden.

Wie das geht, hat der DGB zum Beispiel mit seinem Steuerkonzept aufgezeigt: Mit einer progressiven Besteuerung höherer Einkommen, von Vermögen und Erbschaften. Dazu zählen auch mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur!

Und was macht die bayerische Staatsregierung? Sie gibt sich betont erbenfreundlich und versucht Hintertüren für Erben großer Unternehmen zu schaffen, wenn der Betrieb eine sogenannte Familienstruktur aufweist. Damit aber werden Milliarden verschenkt.

Ver.di hat allein für 2016 errechnet, dass bundesweit 5 Milliarden Euro an Erbschaftssteuer nicht erhoben wurden. Geld, das dringend für nötige soziale Infrastrukturmaßnahmen gebraucht würde.

Schauen wir uns ein anderes Beispiel für Ungerechtigkeit an: Bildung.

Der soziale Numerus Clausus schlägt nach wie vor zu: Arbeiterkinder studieren noch immer in der Minderheit an den Hochschulen. Gerade in Bayern entscheidet noch immer das Portemonnaie der Eltern maßgeblich über die Chance auf gute Bildung und sozialen Aufstieg. Das gilt für alle, die hier leben. Und das wollen wir ändern!

Bayern muss wegkommen von einer Politik, die die Vermögenden privilegiert, und hin zu einer Politik des sozialen Ausgleichs.

Wir werden uns dazu morgen noch positionieren, ein ausführlicher Antrag „Für gute und gerechte Bildung in Bayern“ liegt euch vor.

Anrede

Wo noch zeigt sich die Ungerechtigkeit in Bayern besonders stark?

In Bayern fehlt bezahlbarer Wohnraum. Und dabei sind doch nicht neu Ankommende das Problem. Sie sind nicht das Problem und sie machen nicht das Problem. Das Problem ist, dass die Politik in Bayern den sozialen Wohnungsbau dem Markt geopfert hat. Unter dem Wahn des Mottos „Der Markt wird es schon richten“ wurden Grundstücke verkauft und ganze Wohneinheiten gleich dazu. Denkt nur an den GBW-Verkauf in 2013, bei dem 33.000 Wohnungen verschandelt wurden.

Im Klartext: Das Grundrecht auf Wohnen wurde verhökert.

Verena Di Pasquale, Bezirkskonferenz 2018

Der Bestand an Sozialwohnungen in Bayern hat sich seit 1999 halbiert! Im Umkehrschluss heißt das, das Problem wurde verdoppelt.

Zwischen 2004 und 2014 sind in Bayern jedes Jahr mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausgefallen, als neue gebaut wurden. Die Folgen zeigen sich jetzt.

Und dann hat die Staatsregierung im vergangenen Jahr noch die Mittel für den Wohnungsbau gekürzt. Aber man hört und staunt: Nach dem 10-Punkte-Plan des designierten Ministerpräsidenten Söder sollen nun wieder mehr Mittel in die Wohnraumförderung fließen und sogar eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet werden. Es ist ja gut, damit seine Fehler einzugestehen und daraus zu lernen.

Den Worten müssen dann allerdings auch Taten folgen, um das Schneckentempo beim Wohnungsbau zu beenden. Wenn es darum geht, die Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen, ist die Staatsregierung gefordert, Gas zu geben. Nur das hilft gegen Wohnungsnot in Bayern!

Da können wir doch bei Tarifverhandlungen noch so viele Zuwächse herausholen, davon bleibt wenig übrig, wenn die Mietsteigerungen weiterhin so voranschreiten.

Deshalb wollen wir als DGB Bayern:

Deutlich mehr Sozialwohnungen.

Deutlich mehr Mittel für die Wohnungsbauförderung.

Und Schluss mit dem Verkauf von Flächen, die im Landesbesitz sind, denn die brauchen wir für mehr Wohnungen!

Anrede

Was bedeutet soziale Ungleichheit im Alter?

Dazu hat unser Rentenreport 2016 klare Zahlen, Daten und Fakten benannt. Während die männlichen Altersrentner im Freistaat im Schnitt auf 1.049 Euro kommen, erreichen Frauen gerade mal 616 Euro.

Das bedeutet zweierlei: 1. Für Frauen ist es noch schwieriger als für Männer. Und 2. Ein sorgenfreies Leben im Alter ist vielen nicht möglich. Da wundert es nicht, dass immer mehr Ältere einem Minijob nachgehen oder sich bei der Tafel anstellen müssen.

Bereits heute erhalten in Bayern mehr als drei Viertel aller Frauen eine Rente, die unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Ich kann auch sagen: Altersarmut ist weiblich.

Woher kommt dies?

Aus meiner Sicht gibt es fünf Hauptursachen:

1. Hat Bayern einen Niedriglohnanteil von fast 20 Prozent. Die große Mehrheit davon sind Frauen.
2. Viele arbeiten unfreiwillig in kurzer Teilzeit, in Minijobs, sind befristet beschäftigt.
3. Steuerliche Fehlanreize wie das Ehegattensplitting.
4. Eine noch immer unzureichende Kinderbetreuung und
5. fehlende gesetzliche Regelungen wie das Recht, in Vollzeit zurückzukehren.

Statt über einen Fachkräftemangel zu klagen, könnten Unternehmen ja mal in beispielloser Vorbildfunktion Flexibilität für die Lebenslagen ihrer Beschäftigten ermöglichen. Sie könnten den Wechsel zwischen Teil- und Vollzeit erleichtern – für Männer wie für Frauen. Doch zeigen die Auseinandersetzungen in der aktuellen Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie, wie weit entfernt sie von dieser Einsicht noch immer sind.

Ein Herr Brossardt bringt klar zum Ausdruck, dass er bei Kindertagesstätten und Ganztageschulen flexible Angebote erwartet, die sich an die Arbeitsrealität der Eltern anpassen. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Es ist an der Zeit, dass sich die Unternehmen an der Lebensrealität ihrer Beschäftigten orientieren!

Im aktuellen Sozialbericht der Bayerischen Staatsregierung wird konstatiert, dass „Frauen wie Männer hervorragende Chancen hätten, ihr Leben nach ihren Vorstellungen erfolgreich zu gestalten“. Letztlich seien „Familie und Erwerbstätigkeit gut miteinander vereinbar und Lebens- und Arbeitsbedingungen sehr gut“. Na dann ist ja für die Bayerische Staatsregierung alles geregelt und es gibt scheinbar keinen Handlungsbedarf.

Aber eben nur scheinbar. Die Realität sieht anders aus. Daher steht für uns beim 2. Frauengipfel des DGB Bayern im Juni dieses Jahres die prekäre Lebens- und Arbeitssituation von Frauen im Zentrum. Denn: Gute Arbeit geht anders und wir machen klar, wie wir Gewerkschaftsfrauen uns das vorstellen. Arbeitszeiten, die zum Leben passen gehören genauso dazu wie gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!

Wir brauchen nicht nur Veränderungen am Arbeitsmarkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern auch Veränderungen in der Rentenpolitik.

Wir stellen fest: Der Druck in der Arbeit nimmt zu, Ruhepausen werden kürzer, Arbeit rund um die Uhr soll zur Norm werden, geht es nach einigen Arbeitgebern. Dies führt dazu, dass die Belastung in der Arbeit steigt, die Beschäftigten früher kaputt und ausgebrannt sind.

Wie heißt es: Früher war ich nach der Arbeit müde, heute bin ich kaputt.

Was passiert eigentlich mit denen, die kaputt sind? Mit denen, die dann erwerbsgemindert aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen?

Diese Menschen müssen lebenslang Abschläge in Kauf nehmen. Das wollen wir ändern! Deshalb setzen wir uns für die Streichung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente ein!

Aber wir wollen noch mehr. Schon heute schafft es die Mehrheit der Beschäftigten nicht, überhaupt bis zur Regelaltersgrenze sozialversicherungspflichtig zu arbeiten. Ja, das durchschnittliche Rentenzugangsalter bei den Altersrenten ist in den letzten Jahren gestiegen. Aber: Es liegt noch immer unter dem gesetzlichen Renteneintrittsalter. Das zeigt: Die Rente mit 67 ist und bleibt eine Fehlentscheidung und muss rückgängig gemacht werden!

Es muss etwas passieren, damit nicht immer mehr Menschen in die Altersarmut fallen. Dafür brauchen wir eine starke gesetzliche Rentenversicherung. Und das heißt: Wir brauchen einen Kurswechsel in der Rentenpolitik! Und zwar jetzt!

Deshalb haben die DGB-Gewerkschaften diesen Kurswechsel zum zentralen Schwerpunkt ihrer Kampagne zur Bundestagswahl gemacht. Deshalb haben wir, ihr, in ganz Bayern eine Vielzahl von Veranstaltungen dazu gemacht: Streitgespräche, Fachforen, Heißer Stuhl, Vorträge, Informationsabende – und unsere Rentenaktionstage.

Das Echo zeigt uns ganz eindeutig: Ob jung, ob alt, die Menschen wollen eine Rente, die für ein gutes Leben reicht.

Deshalb fordern wir:

1. eine deutliche Erhöhung des Rentenniveaus.
2. flexible und sozial abgesicherte Übergänge von der Arbeit in die Rente,
3. eine bessere Absicherung von Niedriglohnbeschäftigten und
4. eine stärkere Anerkennung von Pflege und Erziehungszeiten.

Das sind gewiss dicke Bretter, die wir zu bohren haben. Aber das ist nicht neu für uns. Und finanzierbar ist es auch. Dafür hat der DGB ein durchgerechnetes Rentenkonzept vorgelegt. Man muss es allerdings politisch wollen. Und da lassen wir nicht nach!

Ende

Soweit, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu unserem Fahrplan der nächsten Jahre.

Morgen haben wir die Antragsberatung und dann sehen wir, was wir noch auf unsere Tagesordnung schreiben und welche Weichen wir zu stellen haben.

Wir, das sind der DGB und seine acht Mitgliedsgewerkschaften gemeinsam.

Wir, das sind unsere DGB-Regionen.

Verena Di Pasquale, Bezirkskonferenz 2018

Wir, das sind unsere Stadt- und Kreisverbände.

Und wir, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir wissen, soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft gibt es nur mit uns. Und nur gemeinsam kriegen wir das hin.